

Bern, 8. Juni 2011

Medienmitteilung

Umbau der Energieversorgung darf Arbeitsplätze nicht gefährden

FDP fordert mit Motion vom Bundesrat volkswirtschaftlich verträgliche Strategie

Der Nationalrat hat heute dem Bundesrat den Auftrag zum Ausstieg aus der Atomenergie gegeben. FDP.Die Liberalen lehnt den Neubau von Kernkraftwerken mit der heute verfügbaren Technologie ebenso ab wie ein generelles Verbot für zukünftige Technologien. Ebenso entscheidend ist nun, wie die Schweiz den energetischen Umbau anpackt. Die FDP fordert mit einer Fraktionsmotion vom Bundesrat einen Umbau der Energieversorgung, der keine Arbeitsplätze gefährdet und sich entsprechend an fünf Eckpunkten orientiert.

Eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist zentral, soll unser Land auch in Zukunft Arbeitsplätze schaffen können. Die FDP will mit ihrem Vorstoss den Bundesrat verpflichten, den kürzlich gefällten Grundsatzentscheid für den Ausstieg aus der Atomenergie gemäss folgenden fünf Eckpunkten anzugehen:

1. Sicherung der Arbeitsplätze dank wettbewerbsfähigen Strompreisen: Die Strompreise in der Schweiz sollen zum konkurrenzfähigsten Drittel der EU-Preise gehören.
2. Der energetische Umbau erfolgt ohne zusätzliche Subventionen oder Lenkungsabgaben.
3. Die Versorgungssicherheit wird garantiert. Die Abhängigkeit von ausländischen Energieträgern wird nicht vergrössert, und sie wird auf verschiedene Quellen verteilt, wobei dieses Ziel namentlich im Winterhalbjahr zu erreichen ist.
4. Förderung von Erneuerbaren Energien dank Bürokratie-Stopp: Bewilligungsverfahren für erneuerbare Produktionsstätten sind zu verkürzen und Maximalfristen für Verfahren mit den Kantonen zu vereinbaren sowie Einsprachemöglichkeiten zu beschränken.
5. Technologischer Fortschritt nutzen: Der energetische Umbau muss offen sein für künftige technologische Entwicklungen in allen Arten der Energieproduktion.

Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid gefällt, ohne dabei die volkswirtschaftlichen Konsequenzen namentlich bei den Arbeitsplätzen und beim Wohlstand zu berücksichtigen. Nun muss er eine Botschaft mit konkreten Massnahmen vorschlagen. Diese Arbeit wird die FDP anhand der aufgeführten fünf Eckpunkte beurteilen.

Kontakte:

› Nationalrätin Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88

› Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 230 02 03

› Nationalrat Filippo Leutenegger, 079 447 99 07

› Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63

› Philippe Miauton, Pressesprecher, 079 277 68 41